

Keine wirtschaftliche und wissenschaftliche Kooperation mit der völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik Israels im Westjordanland

Ausgangspunkt: Völkerrechtliche Verpflichtungen und das IGH-Gutachten 2024

Die Fraktion Die Linke richtet ihre Politik im Kontext Israel/Palästina am Völkerrecht und an den Feststellungen internationaler Gerichte aus. Das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) von 2024 stellt unmissverständlich fest, dass die israelische Besatzung der seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiete unrechtmäßig ist und so schnell wie möglich beendet werden muss. Insbesondere bestätigt der IGH, dass die israelische Siedlungspolitik gegen Artikel 49 Absatz 6 der Vierten Genfer Konvention verstößt, und dass Drittstaaten verpflichtet sind, diese Situation weder anzuerkennen noch in irgendeiner Form zu ihrer Aufrechterhaltung beizutragen.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich für Deutschland eine klare politische, rechtliche und wirtschaftliche Verantwortung: Staatliche Institutionen, öffentliche Einrichtungen, Hochschulen und Unternehmen dürfen nicht Teil der Normalisierung und Absicherung oder ökonomischen Verwertung einer völkerrechtswidrigen Besatzung sein.

Siedlungen als zentrales Hindernis – Ausmaß und Struktur der Besatzung

Heute leben über 700.000 israelische Siedler:innen in mehr als 270 Siedlungen und Außenposten im Westjordanland einschließlich Ostjerusalem. Diese Siedlungen beanspruchen direkt oder indirekt über 40 Prozent des Westjordanlands durch Militärzonen, Sperrgebiete, exklusive Infrastruktur und Sicherheitskorridore. Palästinensische Selbstverwaltung beschränkt sich faktisch auf weniger als 20 Prozent des Territoriums.

Diese räumliche Fragmentierung stellt keine temporäre Sicherheitsmaßnahme dar, sondern eine systematische Form der de-facto-Aneignung von Land, Ressourcen und Bewegungsfreiheit. Sie wird politisch, ökonomisch, militärisch und institutionell abgesichert, unter anderem durch Unternehmen und akademische Einrichtungen.

Die Besatzung als ökonomisches System und die politische Verantwortung Deutschlands

Die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete ist kein rein militärisches oder gar sicherheitspolitisches Projekt. Sie ist ein umfassendes ökonomisches, technologisches und infrastrukturelles System; Siedlungen, Militärzonen, Industrieparks, Verkehrsachsen, die Energie- und Wasserversorgung sowie privatisierte Sicherheitsarchitektur bilden eine integrierte Wirtschaftsordnung, die auf Enteignung, Fragmentierung und Kontrolle palästinensischen Lebens beruht.

Diese Ordnung existiert nicht isoliert, die ist eingebettet in internationale Lieferketten, Investitionen, Forschungs Kooperationen, Rüstungs- und Sicherheitsmärkte sowie staatliche Förderungen. Bau- und Infrastrukturkonzerne und internationale Inverstoren sind integraler Bestandteil dieser Besatzungsökonomie.

Der IGH hat klargestellt, dass Drittstaaten verpflichtet sind, diese Situation weder anzuerkennen noch in irgendeiner Form zu ihrer Aufrechterhaltung beizutragen. Das schließt ausdrücklich wirtschaftliche Beziehungen, Handel, Investitionen, Förderprogramme, Exportförderung und institutionelle Kooperationen ein.

Für Deutschland folgt daraus eine konkrete politische Verantwortung. Staatliche Exportförderung, Investitionsgarantien, öffentliche Aufträge, Beteiligungen staatsnaher Finanzinstitutionen, Forschungsprogramme sowie sicherheits- und rüstungspolitische Kooperationen dürfen nicht zur Stabilisierung der Besatzung beitragen.

Wirtschaftliche Neutralität gegenüber der Besatzung existiert nicht.

Universitäten als institutionelle Pfeiler der Besatzung

Ein besonders gravierender, in Deutschland bislang unterbelichteter Aspekt, ist die Rolle israelischer Universitäten und Forschungseinrichtungen, die direkt auf besetztem palästinensischem Land angesiedelt sind oder dort aktiv operieren. Die Ariel University nimmt hierbei eine Schlüsselrolle ein. Sie befindet sich tief im besetzten Westjordanland, in der Siedlung Ariel, und wurde 2012 trotz erheblicher Proteste in Israel selbst zur Universität erhoben. Ihr Status stellt eine massive Investition in die Normalisierung der Besatzung dar. Ariel bindet Studierende und Personal dauerhaft an die Siedlungsstruktur, schließt Palästinenser:innen systematisch aus und dient als politisches Symbol für „unumkehrbare Fakten“ vor Ort.

Die Kritik an Ariel ist keineswegs marginal: israelische Fachgesellschaften, Hochschulrektor:innen, palästinensische Universitäten sowie internationale Akteur:innen haben Kooperationen abgelehnt oder eingeschränkt. Mehrere Länder und Gewerkschaften schließen Ariel explizit aus wissenschaftlicher

Zusammenarbeit aus. Diese Positionen bieten wichtige internationale Bezugspunkte für politisches Handeln in Deutschland und sollten der Linken als Bezugspunkt dienen.

Deutsche Hochschulen und Unternehmen: Zusammenarbeit überprüfen und beenden

Die Linksfraktion sieht dringenden Handlungsbedarf bei der Überprüfung und Beendigung von Kooperationen deutscher Hochschulen, Forschungsinstituten und Unternehmen mit israelischen Institutionen, die:

- auf besetztem palästinensischem Gebiet angesiedelt sind oder dort operieren,
- an der militärischen, technologischen oder administrativen Absicherung der Besatzung beteiligt sind oder
- zur Zerstörung palästinensischer Bildungs-, Lebens- und Infrastruktur beitragen.

Dies betrifft nicht nur den Hochschulbereich, sondern ebenso deutsche und israelische Unternehmen in den Bereichen Rüstung, Sicherheits- und Überwachungstechnologie, Bauwirtschaft, Infrastruktur, IT und Forschung. Wirtschaftliche Aktivitäten in besetzten Gebieten sind kein „neutraler Austausch“, sondern Teil einer völkerrechtswidrigen Praxis. Dazu bedarf es konkreter Strategien, wie deutsche Unternehmen, die zur Konsolidierung der Besatzung oder der Durchführung von Kriegsverbrechen beitragen, sanktioniert und von Vergaben durch den deutschen Staat und die Länder ausgeschlossen werden können.

Konkrete politische Forderungen und Maßnahmen

Die Fraktion Die Linke setzt sich daher ein für:

1. **Gezielte Sanktionen** gegen israelische Siedlungen sowie Institutionen und Unternehmen, die direkt zur Konsolidierung der Besatzung beitragen, in Übereinstimmung mit dem IGH-Gutachten.
2. **Ein Importverbot** für Waren aus israelischen Siedlungen sowie der Ausschluss von Waren und Rohstoffen vom europäischen Binnenmarkt, die aus völkerrechtswidrigen wirtschaftlichen Tätigkeiten israelischer Unternehmen in den besetzten palästinensischen Gebieten stammen.
3. **Den Ausschluss von Unternehmen mit Siedlungsbezug** von öffentlichen Vergaben, staatlicher Exportförderung, Investitionsgarantien sowie Förderprogrammen des Bundes und der Länder.
4. **Die Beendigung staatlicher Beteiligungen** sowie Beteiligungen staatsnaher Finanzinstitutionen an Unternehmen, die in besetzten Gebieten tätig sind oder vom Siedlungsbau profitieren.
5. **Den Stopp von Waffenexporten** sowie der Lieferung von Überwachungs-, Kontroll- und Grenztechnologien, die in den besetzten Gebieten eingesetzt werden.

6. **Beendigung akademischer Kooperationen** mit israelischen Universitäten und Forschungseinrichtungen, die auf besetztem palästinensischem Land angesiedelt sind oder dort aktiv operieren, insbesondere mit der Ariel University.
7. **Ausschluss solcher Institutionen** von internationalen Forschungsprogrammen, EU-Förderungen und bilateralen Wissenschaftsabkommen.
8. **Transparenz- und Prüfpflichten** für deutsche Hochschulen, öffentliche Einrichtungen und Unternehmen hinsichtlich ihrer Aktivitäten im besetzten Palästina.
9. **Unterstützung palästinensischer Bildungs- und Forschungseinrichtungen** durch gezielte Förderprogramme, Partnerschaften und Schutz der akademischen Freiheit.
10. **Konsequenter Schutz der Meinungs-, Wissenschafts- und Versammlungsfreiheit** in Deutschland.

Die Linksfraktion unterstützt keine pauschalen oder undifferenzierten Boykottaufrufe als allgemeine politische Strategie.

Unsere Politik zielt auf **konkrete, völkerrechtsbasierte und institutionell adressierte Maßnahmen**: Sanktionen gegen Siedlungen, beteiligte Institutionen und verantwortliche Unternehmen, sowie den Abzug von jeglichen deutschen Institutionen aus allen Unternehmungen, die die Besatzung aufrechterhalten oder stärken.

Ziel der Politik der Linksfraktion ist es, wirksamen Druck zur Beendigung der Besatzung aufzubauen, die Rechte der Palästinenser:innen auf Selbstbestimmung, Bildung und Leben in Würde zu stärken und zugleich demokratische Freiheiten in Deutschland zu verteidigen. Internationale Solidarität bemisst sich auch daran, ob sie bereit ist, auch konkrete politische und wirtschaftliche Konsequenzen zu ziehen.